

Niederschrift

Gremium:	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung:	14. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (HF/2020/014)
Sitzungsdatum:	Mittwoch, 22.01.2020
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Raum Nr. 115
Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr	Ende der Sitzung: 23:10 Uhr

Anwesend:

Bürgermeisterin

Voß, Karola

stellv. Vorsitzender

Kersting, Hubert

CDU

Vorkamp, Thomas
Pomberg, Winfried
Große-Schwiep, Josef
Terhalle, Josef
Rudde, Christian
Wantia, Beatrix
Hemsing, Klaus
Verweyen, Manfred
Vöcking, Stefan

Vertretung für Herrn Franz Benölken

SPD

Dönnebrink, Andreas
Lambers, Klaus
Herickhoff, Hermann Josef
Fischer, Mathilde

UWG

Ruwe, Felix
Heijnk, Annegret

Bündnis 90/Die Grünen

Eisele, Dietmar

Vertretung für Herrn Klaus Löhring; anwesend bis
22:55 Uhr

WGW

Frankemölle, Norbert

FDP

Horst, Reinhard

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg

Leuker, Werner

Hammwöhner, Thomas

Klose, Alfred

Schröder, Marco

Schriftführerin

Zevenbergen, Doris

es fehlen entschuldigt:

CDU

Benölken, Franz

Bündnis 90/Die Grünen

Löhring, Klaus

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 13. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 24.09.2019

- 2 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2020

- 2.1 Verzicht auf Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende;
Antrag der UWG-Fraktion vom 20.01.2020

- 2.2 Einladung von fach- und sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern zu Ausschusssitzungen;
Antrag der SPD-Fraktion vom 17.01.2020

- 2.3 Schaffung von günstigem Wohnraum in Ahaus; Antrag der FDP-Fraktion

- 2.4 Prüfung von Installationen von Regenwassernutzungsanlagen in städtischen Gebäuden;
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.01.2020

- 2.5 Parkgebührenbefreiung für E-Autos;
Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.2020

- 2.6 Entschärfung der Parkplatzsituation am Krankenhaus Ahaus;
Antrag der SPD-Fraktion vom 15.01.2020

- 2.7 Prüfung Mieterhöhung für externe Nutzer der Stadthalle;
Antrag der UWG-Fraktion vom 20.01.2020

- 2.8 Ermittlung des Pflegebedarfs in Ahaus;
Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.2020

- 2.9 Einberufung des Arbeitskreises Migration und Integration Ahaus;
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.01.2020

- 2.10 Barrierefreier Ausbau von Gehwegen im gesamten Stadtgebiet der Stadt Ahaus;
Antrag der SPD-Fraktion vom 10.01.2020

- 2.11 Sachstandsbericht zur Planung und Analyse der Fahrradwege in der Stadt Ahaus;
Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.2020

- 2.12 Zentrales Fahrradparkhaus an der Königstraße und am Bahnhof;
Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2020

- 2.13 Radinfrastruktur verbessern, Fahrradparkplätze bereitstellen;
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.01.2020

- 2.14 Digitales Parkleitsystem;
Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2020

- 2.15 Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans;
Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2020

- 2.16 Einrichtung einer zweiten Bürgerbuslinie;
Antrag der SPD-Fraktion vom 15.01.2020

- 2.17 Ahaus-Busticket;
Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2020

- 2.18 Erhöhung des Budgets für Neuanpflanzungen auf 50.000 € mit VE für 2021;
Antrag der UWG-Fraktion vom 20.01.2020

- 2.19 Verzicht auf Errichtung einer Schlossbrücke;
Antrag der UWG-Fraktion vom 20.01.2020

- 2.20 Erarbeitung eines Biodiversitätskonzeptes für die Stadt und die städtischen Flächen;
Antrag der UWG-Fraktion vom 20.01.2020

- 2.21 Prüfauftrag Versiegelung von Gärten stoppen;
Antrag der UWG-Fraktion vom 20.01.2020

- 2.22 Ergreifung von Sofortmaßnahmen zum Schutz von Natur und Umwelt in Ahaus;
Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.2020

- 2.23 Dachbegrünung von Bushaltestellen;
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 18.01.2020

- 2.24 Förderprogramm Stadtbegrünung;
Antrag der UWG-Fraktion vom 20.01.2020

- 2.25 Erarbeitung eines Förderprogramms "Grün statt Grau";
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 18.01.2020

- 2.26 Runder Tisch zum Thema Klimaschutz;
Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2020

- 2.27 5G-Campusnetz für Ahaus;
Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2020

- 2.28 Flächendeckendes freies WLAN für Ahaus;
Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2020

- 2.29 Erlass der Hundesteuer für Fundhunde aus dem Tierheim;
Antrag der UWG-Fraktion vom 20.01.2020

- 2.30 Aufstockung der Stelle im Archiv von einer 0,5- auf eine ganze Stelle

- 3 Leichte Sprache auf der Homepage und in der Stadtverwaltung Ahaus;
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 03.11.2019

- 4 Aktuelles aus dem Bereich Feuerwehr

- 5 Fragen der Ausschussmitglieder und Mitteilungen der Verwaltung

B. Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 13. nicht-öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 24.09.2019

- 2 Berichterstattung des Fachbereiches Rechnungsprüfung über die Ausführungen der Beschlüsse des Rates und des Haupt- und Finanzausschusses lt. Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 19. Juni 1975

- 3 Kenntnisnahme der Vergabeentscheidungen der Bürgermeisterin und des Verwaltungsvorstandes im Jahr 2019

- 4 Bericht über die geschlossenen Gewerbestandstücksverträge des Jahres 2019

- 5 Vergaben

- 5.1 Bankettmäharbeiten im Stadtgebiet Ahaus für die Jahre 2020, 2021 und 2022

- 5.2 Zweifachsporthalle Ahaus-Alstätte, hier: Umrüstung der Beleuchtung auf LED

- 6 Fragen der Ausschussmitglieder und Mitteilungen der Verwaltung

A. Öffentliche Sitzung

1 Niederschrift über die 13. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 24.09.2019

Die Niederschrift über die 13. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 24.09.2019 wird anerkannt.

2 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2020

Bürgermeisterin Voß schlägt zur Beratung des Haushaltsplanentwurfs vor, die Produktgruppen in der Reihenfolge des Haushalts nacheinander zu besprechen und hier die vorgelegten Anträge der Fraktionen zu behandeln.

Produktgruppe 01.01 – Politische Gremien

2.1 Verzicht auf Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende; Antrag der UWG-Fraktion vom 20.01.2020 A/2020/0252

Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass es zwar eine gesetzliche Anpassung bei der Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende gegeben habe, dass der Städte- und Gemeindebund NRW jedoch empfohlen habe, dass man Änderungen erst mit dem Beginn der neuen Legislaturperiode umsetzen solle.

Der Rat ändert die vom Land in der Entschädigungsverordnung NRW festgesetzten Aufwandsentschädigungen für Ausschussvorsitzende und stellv. Fraktionsvorsitzende ab.

Abstimmungsergebnis:

- 3 Ja-Stimmen
- 15 Nein-Stimmen
- 2 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

2.2 Einladung von fach- und sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern zu Ausschusssitzungen; Antrag der SPD-Fraktion vom 17.01.2020 A/2020/0231

Erster Beigeordneter Althoff weist auf das Problem der nicht-öffentlichen Sitzungen hin. In der Geschäftsordnung des Rates sei in § 24 Abs. 8 geregelt, wer an nicht-öffentlichen Sitzungen neben den bestellten Gremienmitgliedern teilnehmen könne. Hier hätten sachkundige Bürger und Bürgerinnen allerdings lediglich die Möglichkeit, als Zuhörer vor Ort zu sein.

Es soll die Möglichkeit zur Einladung von fach- und sachkundigen Bürger*innen sowohl bei den öffentlichen als auch nichtöffentlichen Ausschusssitzungen

geschaffen werden.

Abstimmungsergebnis:

- 5 Ja-Stimmen
- 11 Nein-Stimmen
- 4 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Produktgruppe 01.02 – Verwaltungsführung

- Herr Vorkamp fragt an, ob es nicht sinnvoll sei, dass es für das Aufgabenfeld des CDO ebenfalls Zielformulierungen im Haushalt gebe und hier dann auch ein eigenes Budget festzulegen.

Erster Beigeordneter Althoff führt aus, dass gemeinsam mit der Politik Ziele erarbeitet werden sollten, die dann beim Haushalt für das Jahr 2021 Berücksichtigung fänden.

Bürgermeisterin Voß erklärt, dass der CDO fachbereichsübergreifend, in enger Abstimmung mit dem Fachbereich Datenverarbeitung und dem Fachbereich Organisation und Personal tätig sei. Sie macht deutlich, dass derzeit für die Prozessoptimierung in der Verwaltung kein unterstützendes Personal vorhanden sei. Um aktuell keine zusätzlichen Stellen für den Haushalt 2020 einrichten zu müssen, werde intern nach Lösungen gesucht. Allerdings bleibe der Bedarf bestehen, wenn man mit hohem Tempo die Digitalisierung vorantreiben wolle.

Herr Eisele bittet darum, die AG Digitalisierung ebenfalls im Ratsinformationssystem einzurichten.

- Herr Vorkamp fragt nach den Kosten für den neuen Stadtfilm.

Bürgermeisterin Voß erläutert, dass im Haushaltsplan 2019 40.000 Euro für den Stadtfilm angesetzt worden seien. Hier habe man die Kosten der Filmerstellung für den letzten Film vor 15 Jahren zu Grunde gelegt. Tatsächlich würden für den neuen Film etwa 8.500 Euro in 2020 zu Buche schlagen.

Produktgruppe 01.06 – Personalmanagement

- Herr Horst fragt an, wie sich das Betriebliche Vorschlagswesen in der Stadtverwaltung etabliert habe.

Bürgermeisterin Voß sagt zu, ihm eine Übersicht der Vorschläge und der ausgezahlten Prämien zur Verfügung zu stellen.

- Auf Vorschlag von Herrn Horst soll auf Seite 179 des Haushaltsplans bei der Beschreibung des Aufgabenbereichs ergänzt werden, dass nicht nur Veranstaltungen zur Verbesserung der Situation der Frauen, sondern auch der Männer durchgeführt werden.

2.3 Schaffung von günstigem Wohnraum in Ahaus; Antrag der FDP-Fraktion

Herr Horst weist auf seinen Antrag aus März 2019 hin, mit dem die FDP-Fraktion sich dafür ausgesprochen habe, günstigen Wohnraum zu schaffen. Die Stadt solle demnach 10 % der Neubauflächen hierfür zur Verfügung zu stellen. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr hätte hierüber beraten sollen, bislang sei dies aber noch nicht passiert. Er wolle den Antrag erneut stellen und 10.000 Euro für die Erstellung eines Konzepts der Verwaltung für öffentlich geförderten und kostengünstigen Wohnraum eingeplant wissen. Die Bereiche der Schaffung von Wohnraum, die Nachhaltigkeit von Baumaßnahmen sowie die weite Auslegung des Baurechts sollten betrachtet werden.

Bürgermeisterin Voß weist daraufhin, dass die Stadt bereits Grundstücke zu günstigen Preisen, also unter Marktwert, anbiete.

Technischer Beigeordneter Hammwöhner erklärt, dass sich aktuell die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im sozialen Wohnungsbau ändern und größere Spielräume entstünden. Er schlägt vor, das Thema unter Berücksichtigung sämtlicher Aspekte und Fördermöglichkeiten verwaltungsintern zu besprechen und dann eine erste Einschätzung vorzunehmen. Hierfür wäre zunächst keine externe Hilfestellung und damit auch kein Haushaltsansatz erforderlich.

Bürgermeisterin Voß lässt hierüber abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss vertagt die weitere Beratung zur Erstellung eines Konzepts für günstigen Wohnraum in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr. Hier wird die Verwaltung eine erste Einschätzung zum Thema geben.

Abstimmungsergebnis:

- 19 Ja-Stimmen
- 1 Enthaltung

2.4 Prüfung von Installationen von Regenwassernutzungsanlagen in städtischen Gebäuden; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.01.2020 A/2020/0240

Herr Eisele beantragt bei künftigen Bauprojekten eine Kosten-Nutzen-Analyse für die Installation von Regenwassernutzungsanlagen.

Technischer Beigeordneter Hammwöhner erläutert, dass bei sämtlichen Bauvorhaben der Einsatz von wassersparenden Produkten geprüft werde. Vor allem auch das Sammeln von Regenwasser von Dachflächen in Zisternen solle in den Fokus genommen werden, da hiermit die Bewässerung der Außenanlagen erfolgen könne.

Herr Ruwe schlägt vor, das Thema zusammen mit dem Hochwasserschutz zu besprechen.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Prüfauftrag an die Verwaltung abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, dass die Verwaltung bei künftigen Bauprojekten die Installation von Regenwassernutzungsanlagen prüft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

- Herr Horst spricht das Thema Kostencontrolling im Baubereich an. Ihm gehe es weniger um die Einhaltung des Kostenrahmens als um die Kostenreduzierung bereits in der Planungsphase. Im Baubereich müsste es einen entsprechend vorgebildeten Kostencontroller geben, der auf Augenhöhe mit den Architekten kostengünstige Alternativen erarbeite. Er fordere daher, dass bei einer Neueinstellung die Qualifizierung Building Information Modeling (BIM) als Voraussetzung gesetzt werde.

Technischer Beigeordneter Hammwöhner sagt zu, dass bei Neueinstellungen diese Qualifizierung gefordert werden könne. Man dürfe aber nicht erwarten, dass das BIM von heute auf morgen eingeführt sei, da dies deutlich umfassender sei, als es eine mehrtägige Schulung erreichen könne.

Produktgruppe 02.01 – Sicherheit und Ordnung

2.5 Parkgebührenbefreiung für E-Autos; Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.2020 A/2020/0235

Herr Dönnebrink führt aus, dass die Fraktion die Elektromobilität in Ahaus fördern und durch die Parkgebührenbefreiung einen Anreiz schaffen wolle.

Erster Beigeordneter Althoff weist daraufhin, dass die Befreiung von den Parkgebühren lediglich als Anerkennung zu werten sei, da die Parkgebühren in Ahaus grundsätzlich sehr niedrig sind. An den Ladesäulen für E-Autos würde darüber hinaus gar keine Gebühr fällig. Das sei insgesamt nicht mit den Verhältnissen in einer Großstadt zu vergleichen.

Bürgermeisterin Voß lenkt den Blick auf das Parkraumbewirtschaftungskonzept und sie sehe die Möglichkeit, das Thema bei der Umsetzung mit zu berücksichtigen.

In der sich anschließenden Diskussion werden Fragen wie das dann mögliche Dauerparken von Elektrofahrzeugen, der Umgang mit Hybridfahrzeugen und alternative Lademöglichkeiten an Laternen aufgeworfen.

Bürgermeisterin Voß lässt danach über den Antrag abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Ahaus beschließt die Änderung der Satzung über die Gebühren an Parkzeituhren und Parkscheinautomaten in Ahaus zur – zunächst befristeten – Befreiung von Elektroautos von Parkgebühren auf öffentlichen Stellplätzen bis zum 31. Dezember 2022. Die geänderte Satzung soll noch 2020 in Kraft treten..

Abstimmungsergebnis:

- 5 Ja-Stimmen
- 10 Nein-Stimmen
- 5 Enthaltungen

Damit wird der Antrag abgelehnt.

2.6 Entschärfung der Parkplatzsituation am Krankenhaus Ahaus; Antrag der SPD-Fraktion vom 15.01.2020 A/2020/0232

Herr Dönnebrink weist darauf hin, dass zunehmend Parkplätze am Krankenhaus fehlten. Hier müsse sowohl das Klinikum Westmünsterland als auch die Stadt tätig werden. Die Verwaltung solle nochmals Gespräche mit dem Krankenhaus führen mit dem Ziel, dass das Parkdeck an geeigneter Stelle aufgestockt werde. Die Bewirtschaftung dieses Parkraums müsse dann durch die Stadt erfolgen.

Bürgermeisterin Voß erwähnt die zahlreichen Gespräche, die in den vergangenen Jahren und explizit auch in den letzten Monaten mit der Klinikleitung in dieser Sache geführt worden seien. Der Geschäftsführer des Ahauser Krankenhauses, Herr Winter, habe in einem aktuellen Schreiben auf die 20 zusätzlich geschaffenen Stellplätze hingewiesen und auf die weiteren 60 Mitarbeiter-Stellplätze, die im Zuge der Erweiterung gerade errichtet würden. In Summe befänden sich dann auf dem Gelände des Krankenhauses in Kürze insgesamt 800 Parkplätze.

Herr Verweyen merkt an, dass im Wohngebiet Kalkbruch die Krankenpflegeschüler*innen parkten, da sie hier kostenlos ihren Wagen abstellen könnten. Er bittet darum zu klären, ob diese nicht kostenlos am Krankenhaus parken könnten.

Herr Eisele sagt, dass durch den Krankenhausanbau sicherlich zusätzliche Leistungen angeboten würden, die neben den Mitarbeiter/innen auch zusätzliche Patienten anziehen würden, so dass auch für Patienten mehr Parkraum benötigt werde.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Ahaus beschließt:

1. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, mit der Klinikum Westmünsterland GmbH Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, die Parkplätze auf der linken Seite der Zufahrt zum Krankenhaus durch die Schaffung einer zweiten Ebene als Parkplatz (Parkhaus) und die Bewirtschaftung der Parkplätze hier auch zu übernehmen.
2. In den umliegenden Wohngebieten wird eine umfangreiche Parkverbotszone eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

- 6 Ja-Stimmen
- 9 Nein-Stimmen
- 5 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

- Herr Eisele weist auf die Verkehrssituation im Wohngebiet Kalkbruch hin. Viele PKW-Fahrer/innen auf dem Hohen Weg würden den Kalkbruch als Abkürzung nutzen, um die Ampelkreuzungen zu umfahren. Er bitte die Verwaltung zu prüfen, ob hier nicht verkehrliche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um die Situation zu entschärfen.

Erster Beigeordneter Althoff sagt zu, dieses Thema verwaltungsintern zu besprechen.

03.01 - Bereitstellung schulischer Einrichtungen und Leistungen

- Herr Eisele bittet darum, freie Trinkwasserspender in Schulen und Kitas aufzustellen.

Herr Hammwöhner antwortet, dass die Verwaltung derzeit die Umsetzung plane.

- Herr Horst weist auf die Maßnahme "Umbau des Alexander-Hegius-Gymnasiums (AHG)" hin. Er frage sich, warum hier keine Kosten im Haushalt eingeplant seien.

Beigeordneter Leuker weist auf eine entsprechende Beschlussfassung des Schul- und Sportausschusses im Rahmen der gemeinsamen regionalen Schulentwicklungsplanung Sekundarstufe I/II hin. Danach sei die Verwaltung beauftragt worden, sich aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen zunächst das Raumprogramm anzusehen und zu analysieren.

- Herr Horst möchte außerdem wissen, warum für die Ausstattung der Mensa an der Gesamtschule elektrische Geräte angeschafft werden müssten, obschon der Caterer das Essen doch in Münster vorkoche und im Lieferwagen auf dem Weg nach Ahaus erhitze.

Beigeordneter Leuker stellt klar, dass das Essen, welches in Ahaus gegessen werde, auch in Ahaus an zentraler Stelle in der Mensa gekocht werde. Die Ausstattung sei einfach in Teilen in die Jahre gekommen und müsse erneuert werden.

- Herr Vorkamp fragt, ob das Erreichen der Schwimmfähigkeit in den Grundschulen von gleichen Annahmen ausgehe. In einigen Schulen würde für die Schwimmfähigkeiten das Erreichen des Seepferdchen-Abzeichens reichen, andere Grundschulen würden das DLRG-Bronzeabzeichen zu Grunde legen.

Bürgermeisterin Voß sagt zu, dies bei den Grundschulen zu hinterfragen.

- Herr Dönnebrink bittet darum, dass die Verwaltung bis zum Ende des Jahres das erarbeitete Raumplanungskonzept für die betroffenen Schulen mit den finanziellen Auswirkungen vorlege. Zudem solle geklärt werden, wofür die Schulpauschale im Einzelnen verwendet werde und in welchem Ausmaß welche Schule hierüber Mittel erhalten.

Beigeordneter Leuker sagt zu, dies bis zum Ende des Jahres zu erarbeiten und die Ergebnisse zur Schulpauschale ggf. im Schul- und Sportausschuss vorzustellen.

- Herr Eisele möchte zur Turnhallenbelegung der Pestalozzischule wissen, ob durch die wachsenden Schülerzahlen an der Gesamtschule, die Kapazitäten der Sporthalle im Vestert ausreichen.

Beigeordneter Leuker erwidert, dass die Belegung der Sporthallen derzeit keine Probleme bereite.

- Herr Horst fragt, ob es Gespräche zur Situation des Caterers in der Stadthalle schon gegeben habe. Bei der damaligen Vergabe habe man festgehalten, dass es nach einer gewissen Probezeit hinsichtlich der laufenden vertraglichen Vereinbarungen etc. Rückmeldungen geben sollte.

Beigeordneter Leuker sagt, dass es regelmäßige Gespräche mit dem Caterer gebe. Der Vertrag laufe noch bis zum Jahr 2022. Rechtzeitig vorher werde die Frage der neuerlichen Vergabe geklärt.

- Herr Vorkamp erwähnt, dass an der Stadthalle digitalen Infotafeln auf Veranstaltungen hinweisen sollten. Dies sei bislang nicht umgesetzt worden.

Beigeordneter Leuker erklärt, dass aktuell besprochen werde, wie diese Tafeln installiert werden könnten und mit welchem Inhalt. Die Notwendigkeit werde gesehen, allerdings müsse hier die Lichtplanung stark berücksichtigt und eine Baugenehmigung eingeholt werden.

04.01 – Kulturelle Angebote und Einrichtungen

2.7 Prüfung Mieterhöhung für externe Nutzer der Stadthalle; Antrag der UWG-Fraktion vom 20.01.2020 A/2020/0253

Herr Kersting bittet um Prüfung der Anpassung der Miethöhe für Veranstaltungen in der Stadthalle.

Beigeordneter Leuker bestätigt, dass sich der gute Ruf der Stadthalle etabliert habe. In der Sitzung des Kulturausschusses sei hierüber bereits im Rahmen des Kulturprogramms gesprochen worden. In vergleichbaren Stadthallen würden durch andere Kommunen deutlich höhere Mieten generiert. Das Thema werde aktuell durch die neue Kollegin im Fachbereich Bildung, Kultur, Sport ausgearbeitet. Die Ergebnisse würden im Kulturausschuss vorgestellt.

04.02 - Musikschule

- Herr Eisele interessiert, wie sich die Anzahl zwischen Festangestellten und freien Kräften entwickelt habe.

Beigeordneter Leuker antwortet, dass es derzeit etwas mehr Festangestellte als freie Mitarbeiter gebe.

04.03 – Stadtbibliothek

- Herr Dönnebrink fragt an, wann die fehlenden Markierungen auf den Stufen am Kulturquadrat angebracht würden.

Beigeordneter Leuker sagt, dass aktuell auf die Umsetzung gewartet werde, eine Firma sei beauftragt.

05.01 – Soziale Leistungen

- Herr Horst möchte wissen, wie sich die Flüchtlingszahl entwickelt habe und wie die Unterbringung der Asylbewerber momentan aussehe.

Beigeordneter Leuker fasst zusammen, dass die Zahl der in Ahaus lebenden Flüchtlinge deutlich zurückgegangen sei und noch weiter zurückgehe. Auf dem freien Wohnungsmarkt gebe es allerdings so gut wie keine Wohnungen, so dass eine relativ hohe Anzahl an anerkannten Flüchtlingen in Gemeinschaftseinrichtungen untergebracht sei.

2.8 Ermittlung des Pflegebedarfs in Ahaus; Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.2020 A/2020/0230

Herr Dönnebrink erläutert den Antrag der Fraktion und stellt die Zukunft der älteren Menschen in Ahaus in den Mittelpunkt. Er frage sich insbesondere, wie die Bedarfe in Sachen Pflegeeinrichtungen in Ahaus aussähen und was die Politik an dieser Stelle tun könne.

Beigeordneter Leuker verweist auf die letzte Sitzung des Sozialausschusses. Hier seien die aktuellen Zahlen zur Pflegebedarfsplanung vom Kreis Borken durch Herrn Tewiele vorgestellt worden. Der Kreis sei für die Ermittlung der Pflegebedarfe grundsätzlich zuständig.

Herr Vorkamp stellt klar, dass es nicht zielführend sei, über Bedarf Plätze anzubieten. Es sollte sichergestellt sein, dass Menschen aus ihrem Wohnort auch hier einen Platz in einer Pflegeeinrichtung erhalten könnten. Dies sei in der Vergangenheit gut gelungen und sollte auch in Zukunft in Federführung des Kreises koordiniert werden.

Frau Fischer regt an, nach dem Beispiel niederländischer Kommunen, stillgelegte Höfe zu Altenwohnanlagen um zu konzipieren. Dies sei besonders für ländlich geprägte Menschen eine schöne Wohnform im Alter.

Beigeordneter Leuker sagt zu, dies einmal mit dem Kreis Borken zu besprechen.

Technischer Beigeordneter Hammwöhner gibt zu bedenken, dass die baurechtlichen Bestimmungen für Vorhaben im Außenbereich besonders hoch sein und Auflagen berücksichtigt werden müssten.

Bürgermeisterin Voß lässt für weitere Beratungen über die Verweisung in den Ausschuss für Soziales und Arbeit, Familien und Senioren entscheiden.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die weiteren Beratungen zu diesem Thema in den Ausschuss für Soziales und Arbeit, Familien und Senioren zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

2.9 Einberufung des Arbeitskreises Migration und Integration Ahaus; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.01.2020

A/2020/0238

Herr Eisele weist daraufhin, dass der Arbeitskreis Integration noch kein einziges Mal getagt habe.

Beigeordneter Leuker erklärt, dass es Anfang März eine Besprechung geben werde, die sich mit Integration und Flüchtlingen beschäftige. Hier werde auch über den Arbeitskreis gesprochen, insbesondere über seine Besetzung. Denn er sehe durch die geänderten Anforderungen in diesem Bereich auch die Notwendigkeit, den Arbeitskreis personell anders aufzustellen.

12.01 – Öffentliche Verkehrsflächen

2.10 Barrierefreier Ausbau von Gehwegen im gesamten Stadtgebiet der Stadt Ahaus; Antrag der SPD-Fraktion vom 10.01.2020 A/2020/0229

Herr Dönnebrink schildert, dass gehbehinderte und ältere Menschen mit den vorhandenen Bürgersteigen im Stadtbild Schwierigkeiten hätten. Diese seien in vielen Fällen zu hoch und müssten abgesenkt werden. Er schlage daher vor, 100.000 Euro pro Jahr in den Haushalt einzuplanen, um die vorhandenen Gehwege Instand zu halten und die Barrierefreiheit durch Absenkung der Bordsteine zu erreichen.

Technischer Beigeordneter Hammwöhner erläutert, dass die finanziellen Mittel an dieser Stelle nicht das Problem seien, eher die personelle Besetzung durch Mitarbeiter/innen des Rathauses. Er schlage vor, im ersten Schritt besonders markante Stellen, z.B. die Kreuzung Wessumer Straße, Arnoldstraße, Hessenweg ins Auge zu nehmen und hier die Situation deutlich zu verbessern.

Herr Kersting weist auf die Möglichkeit hin, die Homepage der Stadt Ahaus zu nutzen, um Mängel an Gehwegen zu melden.

Herr Ruwe macht deutlich, dass zunächst ein Überblick über die Schwachstellen bei den Gehwegen geschaffen werden müsse. Um hier voran zu kommen, könnten auch Externe mit

der Aufnahme der Ist-Situation beauftragt werden. Für ihn sei wichtig, dass Radfahrer künftig bei der Schaltung der Ampelphasen privilegiert würden.

Technischer Beigeordneter Hammwöhner wiederholt den Vorschlag, dass die Verwaltung die besonders markanten Kreuzungs- und Querungsbereiche im Stadtbild prüfe und hier Maßnahmen der Verbesserung zeitnah umsetze.

Mit der Ergänzung, dass hierüber im Fachausschuss berichtet werde, lässt Bürgermeisterin Voß über den geänderten Beschlussentwurf abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, die besonders für Fußgänger markanten Bereiche auf ihre Barrierefreiheit hin zu prüfen und geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu planen und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

2.11 Sachstandsbericht zur Planung und Analyse der Fahrradwege in der Stadt Ah-

aus;

Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.2020 A/2020/0236

2.12 Zentrales Fahrradparkhaus an der Königstraße und am Bahnhof;

Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2020 A/2020/0251

2.13 Radinfrastruktur verbessern, Fahrradparkplätze bereitstellen;

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.01.2020

A/2020/0241

Bürgermeisterin Voß schlägt vor, die drei Anträge zum Radverkehr gemeinsam zu beraten. Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Herr Dönnebrink erläutert zum Antrag der SPD-Fraktion, dass dieser bereits im Jahr 2019 gestellt worden sei. Einen Sachstand zur Planung und Analyse der Radwege liege noch immer nicht vor. Zudem sehe er die Notwendigkeit für Fahrradboxen an der Wallstraße mit entsprechenden Ladestationen. Auch die Abstellmöglichkeit für Scooter mit dem Platz für Lademöglichkeit müsste eingeplant werden.

Herr Vortkamp stellt die Idee eines zentralen Fahrradparkhauses in der Tiefgarage an der Königstraße vor. Die Idee der Fahrradboxen am Bahnhof sei rein optisch nicht die schönste Lösung und man halte nur sehr begrenzte Kapazitäten vor.

Auch Herr Eisele macht deutlich, dass es z.B. auch an den Parkdecks am Domhof zusätzliche Fahrradabstellmöglichkeiten bedürfe. Er erinnere auch an die Mobilitätsstationen am Bahnhof, die in seinen Augen mit der Fahrradbox nicht umgesetzt sei.

Bürgermeisterin Voß schlägt vor, die Beratung der Anträge in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr zu verweisen.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Ahaus beschließt, die Gesamthematik des Radverkehrs in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Plane und Verkehr zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.14 Digitales Parkleitsystem;

Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2020 A/2020/0247

Herr Vorkamp schlägt vor, dass Parkleitsystem von analoger Beschilderung auf digitale Anzeigetafeln umzustellen. Zwar sei nach der damaligen Parkraumerhebung der Beschluss gefasst worden, die Beschilderung zu überarbeiten und den Parksuchverkehr so gezielt zu steuern, dies sei aber heute schon überholt. Hier sollte Ahaus zukunftsweisend auf die digitale Lösung umsatteln.

Technischer Beigeordneter Hammwöhner gibt zu bedenken, dass es für eine digitale Parkraumbewirtschaftung notwendig sei, Sensoren an allen Zu- und Abfahrten einzubauen, was sehr kostspielig sei.

Erster Beigeordneter Althoff weist auf App-Lösungen wie beispielsweise "Pay by phone" hin. Hiermit könne die Bezahlung des Parktickets gelöst werden und gleichzeitig werde angezeigt, wie viele Stellflächen aktuell noch frei seien. Die Städte Borken und Coesfeld hätten diese Lösung bereits im Einsatz.

Herr Eisele stellt die Frage, wo Autofahrer parken sollten, die diese App-Lösung nicht nutzen. Es gehe darum, Verkehrsströme in der Innenstadt vernünftig zu lenken. Anstatt sämtliche Parkflächen ins Auge zu nehmen, könne man doch mit den klar begrenzten Parkplätzen Kirmesplatz und Domhof beginnen, diese mit Sensoren auszustatten, um dann digital ausweisen zu können, wie viele Plätze zum Parken noch zur Verfügung stünden.

Herr Kersting ergänzt, dass die Fa. Tobit einen Prototypen einer digitalen Parkfläche in nur 100 m Entfernung eingerichtet habe. Vielleicht solle man aufgrund rascher Weiterentwicklungen in diesem Bereich das Thema als Pilotprojekt, ggf. in Kooperation mit einem Privatunternehmens aus der Region, anzugehen.

Bürgermeisterin Voß lässt über die Verweisung in den Fachausschuss abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Ahaus beschließt, die weitere Beratung des Antrages in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

2.15 Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans; Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2020 A/2020/0249

Herr Vortkamp schildert, dass der Ausgangspunkt für den Vorschlag der Fortschreibung der Verkehrsentwicklungsplanung die angedachte Verlängerung der Nordtangente Richtung Wessum sei. Daneben gebe es an zahlreichen Stellen im Ahauser Straße- und Wegenetz die Notwendigkeit, steuernd einzugreifen, da Wohngebiets- oder Wirtschaftswege zunehmend als Abkürzungen genutzt würden.

Technischer Beigeordneter Hammwöhner schlägt vor, Prioritäten zu setzen. Für ihn sei dies momentan der Radverkehr. Wichtig sei es, keine kurzfristigen Lösungen zu schaffen, sondern vorausschauende Planungen vorzunehmen.

Bürgermeisterin Voß lässt über die Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr entscheiden.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Ahaus beschließt, die Beratung des Antrages in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

12.03 – ÖPNV

2.16 Einrichtung einer zweiten Bürgerbuslinie; Antrag der SPD-Fraktion vom 15.01.2020 A/2020/0234

Herr Dönnebrink führt aus, dass Ahaus mit den Ortteilen ein insgesamt großes Stadtgebiet sei, so dass die Zufahrt in die Innenstadt für viele Bürgerinnen und Bürger recht weit sei. Gerade vor dem Hintergrund, dass in den Dörfern immer weniger Ärzte tätig seien und für den Arztbesuch die Innenstadt aufgesucht werden müsse, wäre es für ältere und gehbehinderte Menschen immer häufiger notwendig, nach Ahaus gefahren zu werden. Er schlage vor, dass die Verwaltung Interessenten finden solle, die eine zweite Bürgerbuslinie einrichten könnten. Es sollte auch der Bürgerbusverein kontaktiert werden, um zu klären, ob man hier Kapazitäten habe, um eine weitere Linie zu fahren.

Herr Vortkamp betont, dass eine solche "Arztlinie" auch den Individualverkehr in die Innenstadt reduzieren könnte.

Erster Beigeordneter Althoff erklärt, dass der Konzessionsinhaber des Öffentlichen Personennahverkehrs der Regionalverkehr Münsterland (RVM) sei. Dieser habe den Bürgerbusverein ermächtigt, die derzeitige Strecke zu fahren. Einen neuen Bürgerbusverein zu gründen, sei schwierig. Man müsse auch bedenken, dass ein sehr hohes Engagement von Ehrenamtlichen für einen funktionierenden Bürgerbusverkehr notwendig sei. Er sage aber zu, erste Gespräche mit dem Verein zu führen.

Bürgermeisterin Voß lässt dann über den Antrag abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Ahaus beauftragt die Verwaltung, zur Verbesserung der Mobilität, zur Entlastung des Innenstadtverkehrs und zur Verbesserung der CO₂-Bilanz mit möglichen Beteiligten, insbesondere auch mit dem Bürgerbusverein, über die Ein-

richtung einer neue Stadtlinie bzw. einer zweiten Bürgerbuslinie zu sprechen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Damit ist der Antrag angenommen.

2.17 Ahaus-Busticket;

Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2020 A/2020/0246

Herr Vorkamp führt an, dass der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in vielen Städten zunehmend kostenfrei werde. Auch die Ahauserinnen und Ahauser könnten von den Kosten des ÖPNV befreit werden. Die Fraktion schlage daher vor, ein Ahaus-Busticket einzuführen.

Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass eine volle Kostenbefreiung rechtlich nur dann möglich sei, wenn diese für alle und nicht nur für Ahauserinnen und Ahauser gelte. Die Verwaltung werde dennoch den Prüfantrag mitnehmen und die Ergebnisse im Fachausschuss vorstellen.

Herr Dönnebrink merkt an, dass der Kosten-Nutzen-Vergleich am Ende passen müsse.

Herr Eisele betont, dass die Attraktivität der Verbindungen in die Stadt und in die Ortsteile grundsätzlich gesteigert werden müsse.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Prüfauftrag an die Verwaltung abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, ein mit den aktuellen Verkehrsträgern des ÖPNV in Ahaus abgestimmtes Konzept für ein „Ahaus-Ticket“ für den ÖPNV in Ahaus zu prüfen, die jährlichen Kosten zu ermitteln und dies dem Rat zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

Damit ist der Antrag angenommen.

13.01 – Öffentliches Grün

2.18 Erhöhung des Budgets für Neuanpflanzungen auf 50.000 € mit VE für 2021;

Antrag der UWG-Fraktion vom 20.01.2020 A/2020/0254

Herr Kersting erläutert, dass das Budget für besondere Anpflanzungen i.H.v. 50.000 Euro in 2019 nicht mehr ausgeschöpft worden sei, sondern erst in der jetzigen Pflanzperiode genützt werde. Sollte es in diesem Jahr wieder zu Trockenheit kommen, müssen weitere Anpflanzungen erfolgen. Aus diesem Grund halte er es notwendig, den Ansatz von 50.000 Euro erneut hierfür zu bilden.

Herr Vorkamp erwidert, dass es bei dieser Kostenstelle zu keinem Automatismus kommen dürfe. Es müsse zunächst abgewartet werden, wie sich die Situation in 2020 darstelle.

Herr Ruwe schlägt vor, die Ausgaben für Nachpflanzungen zweckgebunden nur für den Fall von Trockenheit anzusetzen.

Herr Dönnebrink stellt indes die Frage, wer die Bewässerung der Neuanpflanzungen überhaupt sicherstellen könne. Es sei seiner Meinung nach wichtiger, die bestehenden Bäume in ihrem Bestand zu sichern.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag bei Bedarf auch im kommenden Jahr für Neuanpflanzungen 50.000 Euro im Haushalt einzuplanen, abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, auch in den kommenden Jahren, sofern erforderlich, 50.000 Euro für Neupflanzungen von Bäumen in den Haushalt einzustellen, um damit den Verlust und die Schäden aufgrund von Trockenheit und Hitze auszugleichen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

2.19 Verzicht auf Errichtung einer Schlossbrücke; Antrag der UWG-Fraktion vom 20.01.2020 A/2020/0255

Herr Kersting erklärt, dass die Fraktion aufgrund der Denkmalschutzproblematik beantrage, auf die Errichtung der Schlossbrücke zu verzichten.

Technischer Beigeordneter Hammwöhner sagt, dass im Rahmen des integrierten Stadtentwicklungskonzepts diese Thematik aufgegriffen und erneut erörtert werden solle.

Herr Horst führt aus, dass es Belege dafür gebe, dass es eine solche Brücke gegeben habe, womit die Möglichkeit der Errichtung grundsätzlich bestehe. Er wolle wissen, wann über das mögliche Konzept gesprochen werde.

Technischer Beigeordneter Hammwöhner erklärt, dass es unterschiedliche Workshops mit unterschiedlichen Akteuren, u.a. dem Ahaus e.V. und auch der Politik geben werde. Spätestens im Herbst lägen dann erste Ergebnisse vor.

Herr Vorkamp ergänzt, dass es viele engagierte Bürger gebe, die sich für die Brücke aussprächen und sogar ihre finanzielle Unterstützung zugesagt hätten.

Herr Dönnebrink fügt an, dass die Brücke als zweiter Fluchtweg bei Großveranstaltungen von erheblicher Bedeutung sei.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag abstimmen.

Auf die Errichtung einer festen Schlossbrücke sollte wegen der erheblichen Bedenken der Denkmalpflege verzichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja-Stimmen
17 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

2.20 Erarbeitung eines Biodiversitätskonzeptes für die Stadt und die städtischen Flächen; Antrag der UWG-Fraktion vom 20.01.2020 A/2020/0256

2.21 Prüfauftrag Versiegelung von Gärten stoppen; Antrag der UWG-Fraktion vom 20.01.2020 A/2020/0257

Herr Kersting weist daraufhin, dass aktuell auf 6600 qm durch die Stadt Blühstreifen angelegt würden. Insgesamt gebe es im Stadtgebiet aber 122 ha an städtischen Flächen, um die Biodiversität zu fördern. Daneben sollte auch die Bevölkerung durch Aufklärung für dieses Thema sensibilisiert werden. Schließlich sollte bei der Entwicklung von Wohngebieten die Eigentümer durch Satzung verpflichtet werden, ökologisch sinnvoll ihre Grundstücke anzulegen, um u.a. die Versiegelung von Gärten durch Steinbeete zu stoppen.

Herr Eisele weist auf die Bauordnung NRW hin, in der klargestellt sei, dass Versiegelungen vermieden werden sollten. Darüber hinaus seien seiner Meinung nach Regelungen in Satzungen nicht wünschenswert. Vielmehr ginge es um Freiwilligkeit. Auch er sehe die Aufklärung im Vordergrund.

Technischer Beigeordneter Hammwöhner erachtet hier die konzeptionelle Herangehensweise für sinnvoll. Das Thema gehöre klar in den Aufgabenbereich des Klimaschutzmanagers. Vorgaben der Stadt zu Vorgärten seien kritisch, denn da wo Verbote ausgesprochen würden, müssten auch Kontrollen erfolgen. Er halte es für sinnvoller mit Anreizsystemen, etwa für bienenfreundliche Vorgärten, an die Bevölkerung heran zu treten.

Herr Kersting zieht nach der Diskussion den Prüfauftrag an die Verwaltung, der das Ziel hatte, die Versiegelung der Vorgärten zu stoppen (TOP 2.21), zurück.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag, ein Konzept zur Förderung der Biodiversität zu erstellen, abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, ein Konzept zu erarbeiten, welches die Potentiale zur Biodiversität auf den gesamten städtischen Flächen und Maßnahmen ausschöpft. Zusätzlich sollte ein Infokonzept zur Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger zur Verbesserung der Biodiversität auf eigenen Grundstücken erarbeitet und erstellt werden, um natürliche und pflegeleichte Alternativen zum aktuellen Trend zur Versteinerung von Gärten vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Damit ist dieser Antrag angenommen.

2.22 Ergreifung von Sofortmaßnahmen zum Schutz von Natur und Umwelt in Ahaus; Antrag der SPD-Fraktion vom 18.01.2020 A/2020/0233

Herr Dönnebrink beantragt die Ergreifung von Sofortmaßnahmen zum Schutz von Natur und Umwelt in Ahaus. So sollten z.B. Nistkästen aufgehängt oder Insektenhotels aufgebaut werden.

Technischer Beigeordneter Hammwöhner macht deutlich, dass der konzeptionelle Rahmen für entsprechende Maßnahmen durch den Klimaschutzmanager geschaffen werden sollte.

Herr Lambers entgegnet, dass die Stelle des Klimaschutzmanagers bislang noch nicht formuliert, geschweige denn ausgeschrieben sei. So könne man wohl mit einer Besetzung der Stelle erst zum Ende des Jahres hin rechnen und so lange solle mit den Maßnahmen nicht abgewartet werden.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt,

1. die Schaffung und Ausweitung von insektenfreundlichen Bepflanzungen mit heimischen, standortgerechten Arten auf innerörtlichen gemeindeeigenen Flächen.
2. die Schaffung von öffentlichen Aufstellungsorten für "Insektenhotels".
3. die Einrichtung einer Beratungsstelle (Ansprechpartner/in) und die regelmäßige (1-2-mal im Jahr) Durchführung von Informationsveranstaltungen der Stadt zur insekten- und singvogelfreundlichen Gestaltung von Gärten.
4. die Einführung einer regelmäßigen Berichterstattung über die Fortschritte der Artenschutzmaßnahmen in Ahaus in den Ratsgremien.
5. die Schaffung von zusätzlichen Nistmöglichkeiten (Meisen) um der Ausbreitung der Plage des Prozessionsspinners entgegen zu treten.

Abstimmungsergebnis:

- 11 Ja-Stimmen
- 9 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag angenommen.

2.23 Dachbegrünung von Bushaltestellen; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 18.01.2020 A/2020/0237

Herr Eisele schlägt die Dachbegrünung von Bushaltestellen vor, um im städtischen Bereich diese vorhandenen Flächen ökologisch zu nutzen.

Technischer Beigeordneter Hammwöhner weist daraufhin, dass für diese Bepflanzungen gar nicht viele Flächen in Fragen kämen. Der Unterhaltungsaufwand auf diesen Dächern sei voraussichtlich sehr hoch. Seiner Ansicht nach wären die Dächer eher für die Installation von Photovoltaikanlagen geeignet.

Herr Vorkamp schlägt vor, eher über die Begrünung von Gewerbehallen oder städtischen Gebäude nachzudenken.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag beschließen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, im zuständigen Ausschuss zu berichten, inwieweit eine Dachbegrünung von Bushäuschen möglich ist, beziehungsweise welche Maßnahmen hierfür ergriffen werden müssen. Anfallende Kosten sind im Budget zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

- 11 Ja-Stimmen
- 5 Nein-Stimmen
- 4 Enthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen.

13.03 – Natur, Wald- und Landwirtschaft

2.24 Förderprogramm Stadtbegrünung; Antrag der UWG-Fraktion vom 20.01.2020 A/2020/0258

Herr Kersting schlägt vor, mit einem Förderprogramm Begrünungen auf Dächer zu fördern. Die finanziellen Mittel, die aufzuwenden seien, würden sofort der Umwelt zu Gute kommen.

Technischer Beigeordneter Hammwöhner betont, dass auch diese Idee ein Thema für den Klimaschutzmanager sei. Dieser könne vorab prüfen, ob hierfür nicht Fördermittel akquiriert werden könnten. Er schlage daher eine Beratung im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt vor.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag auf Verweisung in den Fachausschuss entscheiden.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Ahaus beschließt, die weitere Beratung des Antrages in den Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

2.25 Erarbeitung eines Förderprogramms "Grün statt Grau"; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 18.01.2020 A/2020/0239

Herr Eisele erläutert die Idee, für die Erstellung eines Förderkonzept unter dem Titel "Grün statt grau" Planungskosten i.H.v. 5.000 Euro in den Haushalt einzustellen.

Bürgermeisterin Voß schlägt vor, die weitere Beratung auch dieses Antrags in den Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt zu verweisen.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Ahaus beschließt, die weitere Beratung des Antrages in den Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

2.26 Runder Tisch zum Thema Klimaschutz; Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2020 A/2020/0250

Herr Vorkamp beantragt die Einberufung eines Runden Tisches für den Klimaschutz. Als Ergebnis der Anträge der Fridays-for-future-Bewegung, die ausgiebig im Rat diskutiert worden seien, hätte fraktionsübergreifend Einigkeit darüber geherrscht, dass eine Klimakonferenz bzw. ein runder Tisch eingerichtet werden sollte. Dies sei bislang seitens der Verwaltung nicht erfolgt.

Bürgermeisterin Voß erklärt, dass in der damaligen Ratssitzung über die vorgelegten Anträge der Fraktionen entschieden worden sei, letztlich habe es aber keinen Beschluss zur Einrichtung eines Runden Tisches gegeben. Nichts desto trotz habe sich die Evangelische Kirche und der Arbeitskreis Transition Town Ahaus der Volkshochschule dazu bereit erklärt, das Thema anzugehen. Politikerinnen und Politiker seien hier ebenfalls herzlich willkommen. Den Verantwortlichen sei es allerdings wichtig, dass das Thema nicht parteipolitisch angegangen werde.

Herr Vorkamp stellt klar, dass es wichtig sei, dass es jemanden gebe, der die Punkte aus dem politischen Raum in die Diskussion trage.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag beschließen.

Der Haupt- und Finanzausschuss fordert die Bürgermeisterin auf, die vom Rat am 03.07.2019 verabredete und beschlossene Einrichtung eines runden Tisches zum Klimaschutz, zeitnah umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

- 19 Ja-Stimmen
- 1 Enthaltung

Damit ist der Antrag angenommen.

15.02 – Wirtschaftsförderung

2.27 5G-Campusnetz für Ahaus; Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2020 A/2020/0245

Herr Vorkamp stellt den Antrag, die Verwaltung möge für die Ahauser Gewerbegebiete eine 5G-Campusinfrastruktur schaffen und hierfür zunächst 5G-Lizenzen bei der Bundesnetzagentur beantragen. Da Ahaus bereits einen guten Ruf i.S. Digitalisierung habe, müsse die Stadt auch hier vorangehen.

Bürgermeisterin Voß lässt über die Verweisung in den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Tourismus und Digitalisierung abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Ahaus beschließt, die weitere Beratung des Antrages in den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Tourismus und Digitalisierung zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

2.28 Flächendeckendes freies WLAN für Ahaus; Antrag der CDU-Fraktion vom 22.01.2020 A/2020/0248

Herr Vorkamp beantragt, die Verwaltung, gemeinsam mit den Stadtwerken, damit zu beauftragen, ein flächendeckendes freies und zeitlich unbefristetes WLAN-Netz in Ahaus und allen Ortsteilen einzurichten. Nachdem die Innenstadt und das Kulturquadrat bereits mit freiem WLAN versorgt seien, sollten nun auch weitere Areale erschlossen werden.

Erster Beigeordneter Althoff weist daraufhin, dass dies ein teures Unterfangen werden könne. Zunächst müssten die Kosten ermittelt und eine grundsätzliche Umsetzungsmöglichkeit erfragt werden. Hier sollten die Kontakte zu den Stadtwerken für eine erste Einschätzung genutzt werden. Über die Ergebnisse könnte anschließend im Fachausschuss berichtet werden.

Bürgermeisterin Voß lässt über die Verweisung in den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Tourismus und Digitalisierung abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Ahaus beschließt, die weitere Beratung des Antrages in den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Tourismus und Digitalisierung zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

16.01 – Allgemeine Finanzwirtschaft

2.29 Erlass der Hundesteuer für Fundhunde aus dem Tierheim; Antrag der UWG-Fraktion vom 20.01.2020 A/2020/0259

Herr Kersting erläutert den Antrag. Es gehe im Wesentlichen darum, die Vermittlungschancen gerade von älteren Fundhunden oder Abgabehunden zu verbessern.

Erster Beigeordneter Althoff führt an, dass im Jahr 2019 21 Abgabehunde und sechs Fundhunde im Tierheim aufgenommen worden seien.

Herr Vorkamp ergänzt, dass die Problematik gar nicht bei den Hunden, sondern eher bei den Katzen läge. Eine Änderung der Steuerpolitik der Stadt halte er hier nicht für sinnvoll.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt den Erlass der Hundesteuer für drei Jahre, wenn ein Fundhund aus dem Ahauser Tierheim übernommen wird, der noch keine 7 Jahre alt ist. Ältere Hunde, die übernommen werden, sind von der Hundesteuer befreit.

Abstimmungsergebnis:

- 3 Ja-Stimmen
- 11 Nein-Stimmen
- 6 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

2.30 Aufstockung der Stelle im Archiv von einer 0,5- Stelle auf eine ganze Stelle

Beigeordneter Leuker erläutert, dass die vom Rat zunächst beschlossene halbe Stelle des Stadtarchivars/ der Stadtarchivarin im Ausschreibungsverfahren erfolglos geblieben und nicht zu besetzen gewesen sei. Es hätten zwar Bewerbungen vorgelegen, diese hätten aber die Voraussetzungen nicht erfüllt oder aber habe es an der persönlichen Eignung gefehlt. Im Ergebnis sei so eine Besetzung aktuell nicht möglich. Die Gespräche hätten gezeigt, dass Interessenten für die 0,5-Stelle nicht ihren Wohnort wechselten. Hinzu käme die zunehmende Digitalisierung, die für das Archiv ebenfalls maßgeblich sei. Sein Vorschlag sei die erneute Ausschreibung und Besetzung als ganze Stelle.

Herr Vorkamp möchte wissen, ob mit den Gemeinden Heek und Legden abschließende Gespräche geführt worden seien hinsichtlich einer möglichen Kooperation. Er bitte darum, das Ergebnis zeitnah der Politik mitzuteilen.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Ahaus beschließt, die Stelle der Archivarin / des Archivars als volle Stelle auszuschreiben und zu besetzen.

Abstimmungsergebnis:

18 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen

Zum Abschluss der Haushaltsberatungen lässt Bürgermeisterin Voß wie folgt abstimmen:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die Haushaltssatzung 2020 unter Berücksichtigung der beratenen und beschlossenen Veränderungen sowie der Aufwendungen für den Begegnungspark am St. Marien-Krankenhaus zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
8 Enthaltungen

3 Leichte Sprache auf der Homepage und in der Stadtverwaltung Ahaus; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 03.11.2019 A/2019/0218/1

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, Themenfelder für Menschen mit kognitiven Einschränkungen in „Leichter Sprache“ auf der Homepage zu implementieren. Gleichzeitig werden Schreiben und Bescheide der unterschiedlichen Fachbereiche dahingehend überarbeitet, dass sie weitgehend auf Basis einer einfachen und verständlichen Alltagssprache formuliert werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

4 Aktuelles aus dem Bereich Feuerwehr

Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass es zur räumlichen Situation an der Feuer- und Rettungswache am 13.02.2020 eine erste Arbeitsgruppensitzung gebe.

Herr Rudde fragt, ob es inzwischen eine schriftliche Stellungnahme der Bezirksregierung zum Einsatz von ehrenamtlichen Kräften gebe.

Erster Beigeordneter Althoff antwortet, dass diese noch nicht vorliege. Die Bezirksregierung habe aber nochmals die Rechtswidrigkeit bekräftigt und zugesagt, im Rahmen des Antrages auf Verlängerung der Ausnahmegenehmigung nach § 10 Satz 3 BHKG dazu Stellung zu nehmen.

Bürgermeisterin Voß sagt zu, dass diese weitergegeben werde, sobald diese vorläge.

5 Fragen der Ausschussmitglieder und Mitteilungen der Verwaltung

Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Eisele zur Ausgabe der AHAUS-CARD auch an geschiedene Elternteile

Bürgermeisterin Voß bittet um Mitteilung, wer die betroffene Person sei, um dies im Bürgerservice klären zu lassen.

gez. **Karola Voß**
Vorsitzende

gez. **Doris Zevenbergen**
Schriftführerin